

WIDERSPRUCH e.V. ROLANDSTR. 16 33615 BIELEFELD

Bielefeld, den 30.3.2012

An den  
Sozialdezernenten der Stadt Bielefeld  
Herrn Tim Kähler  
Niederwall 23

33602 Bielefeld

## **Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Bielefeld**

### **Offener Brief**

Sehr geehrter Herr Kähler,

4,3 Millionen Euro hat die Stadt Bielefeld im Jahr 2011 vom Bund erhalten, um es im Rahmen des sogenannten „**Bildungspaketes**“ an 17.775 berechnete Bielefelder Kinder weiterzugeben. Doch nur 2,1 Millionen – also nicht einmal die Hälfte des Geldes - sind tatsächlich bei den Kindern angekommen, mußten Sie im Januar und Februar im Sozialausschuss erklären. (Eine Zusammenstellung der im Sozialausschuss genannten Zahlen - mit vielen Fragezeichen - fügen wir Ihnen in Anlage bei).

### **Das „Bildungspaket“ ist also nicht bei den Kindern angekommen, sondern im Stadtsäckel hängengeblieben**

Der Clou dabei: Das nicht ausgegebene Geld – immerhin 2,2 Mill. Euro - muss die Stadt nicht an den Bund zurückzahlen.

Zwar haben Sie erklärt, daß die in 2011 nicht verbrauchten 2,2 Mill. Euro auf das Folgejahr 2012 übertragen und dort weiterhin zweckentsprechend verwendet werden sollen. Doch es wurde nicht erwähnt, daß die Stadt Bielefeld für das Jahr 2012 wiederum über 5 Mill. Euro für die Umsetzung des Bildungspaketes vom Bund bekommt.

Auch dieses Geld wird nur dann bei den berechtigten Kindern ankommen, wenn ihre Eltern die entsprechenden Anträge stellen und die bürokratischen Hürden überwinden. Und das ist aufgrund der unmöglich komplizierten gesetzlichen Vorgaben des „Bildungspaketes“, die Sie auch selbst beklagen, wohl sehr unwahrscheinlich.

Deshalb werden die übriggebliebenen 2,2 Mill. Euro für die Umsetzung des Bildungspaketes in 2012 nicht mehr benötigt werden.

*Damit dieses Geld nun doch noch dort ankommt, wo es hin soll und nicht klammheimlich in irgendeinem Haushaltsloch versickert, fordern wir Sie und die Verantwortlichen der Stadt Bielefeld auf, **jedem der 17.775 berechtigten Kinder einen einmaligen Betrag von 125 Euro direkt und unbürokratisch auszuzahlen.***

*Dies dürfte auch rechtlich möglich sein, denn die Ausgabe der aus 2011 übriggebliebenen 2,2 Mill Euro ist nicht mehr an die bürokratischen gesetzlichen Vorgaben des Bildungs- und Teilhabepaketes gebunden.*

*In der Hoffnung einer baldigen positiven Antwort  
verbleiben wir mit freundlichen Grüßen*

i.A.

gez. Ulrike Gieselmann  
Widerspruch e.V. - Sozialberatung